

Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen im Zuge des russischen Kriegs gegen die Ukraine

Dr. Thomas Mehlhausen, Adrian Wagstyl

2023

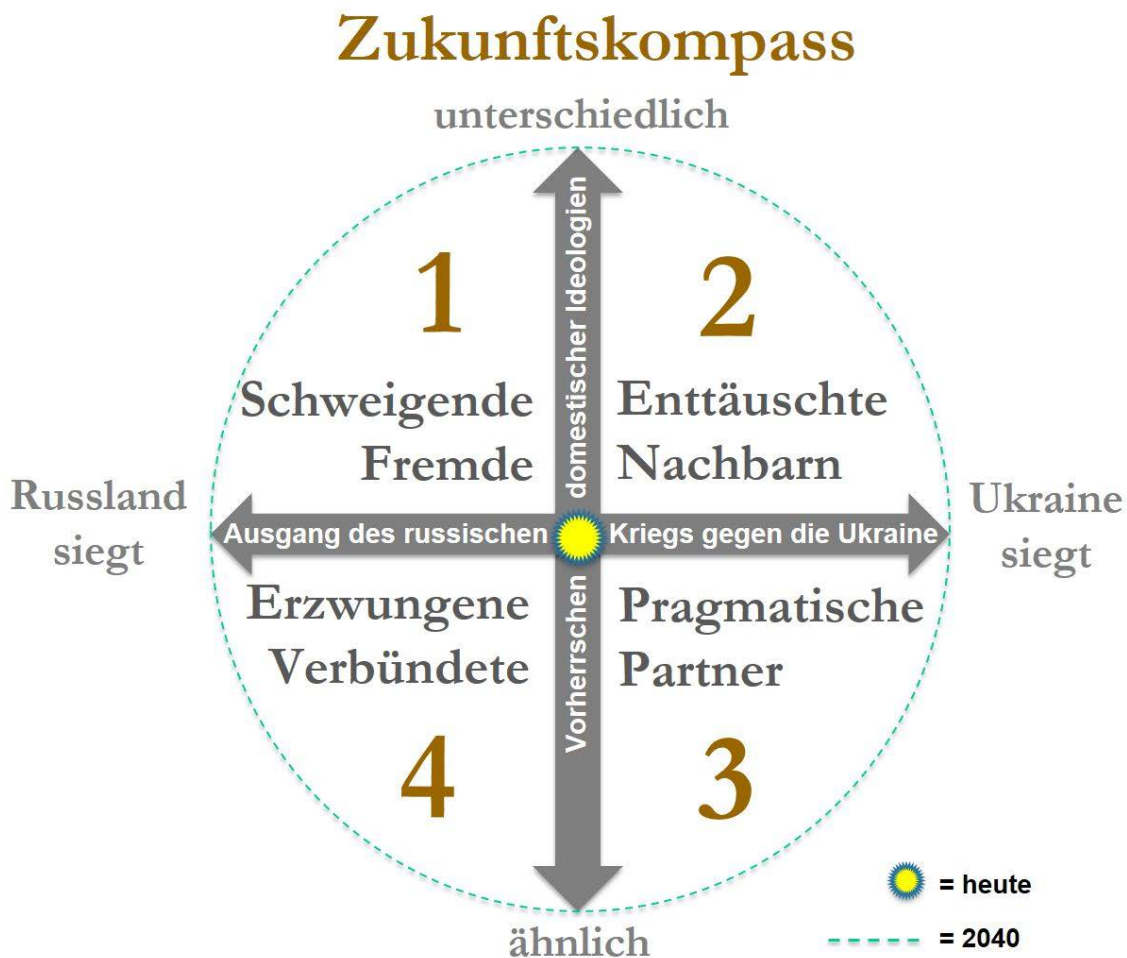
Zusammenfassung

Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Parlamentswahlen im Oktober in Polen werfen entscheidende Fragen zur Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen auf. Die folgenden vier Szenarien zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen bis zum Jahr 2040 sollen mögliche Entwicklungspfade mit verschiedenen Risiken und Chancen für die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau aufzeigen. Sie treffen keine prognostische Aussagen, etwa zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Polen nach den Parlamentswahlen, sondern nehmen lediglich Ausgang im Jahr 2023, um über langfristige Entwicklungen reflektieren zu können. Auf der Grundlage der vier alternativen Szenarien werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, um in eine konstruktiv gestaltete Zukunft zu navigieren.

Im ersten Szenario entwickelt sich der russisch-ukrainische Krieg zu einem eingefrorenen Konflikt. Sinkende gegenseitige Erwartungen zwischen Polen und Deutschland verhindern weitere Enttäuschungen in den bilateralen Beziehungen. Im zweiten Szenario tritt die Ukraine ohne die Krim der EU und der NATO bei, nachdem sie einen Friedensvertrag mit Russland geschlossen hat. Die Integration Kiews in den Westen führt jedoch zu einer Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen aufgrund einer neuen Fluchtwelle aus der Ukraine nach Deutschland und der damit verbundenen gestiegenen Popularität der AfD. Im dritten Szenario kommt es zu einer Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges. Dies führt jedoch nicht zu einer raschen Westintegration der Ukraine, da nationalistische Bewegungen in der Ukraine aufgrund der Zögerlichkeit des Westens an Popularität gewinnen. Im letzten Szenario erobert Russland das gesamte Territorium der Ukraine, was ein Fiasko der bisherigen deutschen Russlandpolitik bedeutet und Polen innerhalb der EU als führende Stimme in der gemeinsamen Ostpolitik anerkennen lässt. Dennoch rücken Deutschland und Polen insbesondere in der Sicherheitspolitik zusammen und räumen bilateralen Interessensunterschieden in anderen Politikfeldern geringere Bedeutung bei.

Inhalt

Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen im Zuge des russischen Kriegs gegen die Ukraine	1
1 Szenario: Schweigende Fremde	4
1.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040	4
1.2 Schwindende Solidarität mit der Ukraine in der EU (2023-2027).....	4
1.3 Schrittweise Entfremdung (2028-2032).....	5
1.4 Tiefes Misstrauen zwischen zwei entfremdeten Nachbarn (2033-2040).....	5
2 Szenario: Enttäuschte Nachbarn	6
2.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040	6
2.2 Tauwetterphase dank erfolgreicher Ostpolitik (2023-2026).....	6
2.3 Aufbruchsstimmung nach ukrainisch-russischem Friedensvertrag (2027-2032)	7
2.4 Vertrauenskrise infolge politischer Divergenzen (2033-2040)	7
3 Szenario: Pragmatische Partner	8
3.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040	8
3.2 Deutsch-Polnische Zerwürfnisse in der Nachkriegsordnung (2023-2026)	8
3.3 Ein unbeständiges politisches Tauwetter (2027-2035).....	8
3.4 Strukturelle Konflikte trotz ideologischer Nähe (2036-2040)	9
4 Szenario: Erzwungene Verbündete	9
4.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040	9
4.2 Russische Landgewinne dank schwindender Unterstützung für die Ukraine (2023-2026).....	10
4.3 Gegenseitige Vorwürfe infolge anhaltender Aggression (2027-2031).....	10
4.4 Schulterschluss aus historischer Verpflichtung (2032-2040).....	10
5 Handlungsempfehlungen für die bilateralen Beziehungen	11
Impressum.....	13
Die Autoren.....	13



1 Szenario: Schweigende Fremde

1.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040

Im Laufe der Jahre wurde die Ukraine weitgehend als ein weiteres osteuropäisches Land mit einem eingefrorenen Konflikt akzeptiert. Während die EU ihre Prioritäten von ihrer östlichen Flanke wegverlagert, mäßigt die neue russische Führung ihren Ton und schlägt vor, die Beziehungen zum Westen zu normalisieren. In den bilateralen Beziehungen verhindern die geringen gegenseitigen Erwartungen weitere Enttäuschungen.

1.2 Schwindende Solidarität mit der Ukraine in der EU (2023-2027)

Aufgrund ihrer geografischen Nähe zur Ukraine sind Deutschland und Polen daran interessiert, die zunehmend umstrittene Ostpolitik auf der Tagesordnung der EU zu halten. Die neue Koalition aus KO (Kolicja Obywatelska – Bürgerkoalition), Lewica (Linke) und TD (Trzecia Droga – Dritter Weg) erkennt, dass die EU früher oder später für ihre eigene Sicherheit sorgen muss: Die USA stoppen Ende 2023 die Militärhilfe für die Ukraine aufgrund eines Parteienstreits über die Ausgaben für 2024 und die NATO-Mitgliedstaaten verfallen in eine Debatte über eine angebliche Überdehnung des Bündnisses.

Angesichts der russischen Landgewinne, die auf den Mangel an Munition und Waffen in Kiew zurückzuführen sind, beschließt die polnische Regierung, mit der Einberufung eines Osteuropa-Gipfels maximalen Druck auf die zögernden EU-Mitglieder auszuüben. Warschau schlägt vor, einen Fonds für den Wiederaufbau der Ukraine einzurichten und einen Termin für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine festzulegen. Diese scheitern jedoch am Veto Ungarns. Polen gelingt es immerhin, Deutschland, Frankreich, die skandinavischen, baltischen und Benelux-Staaten davon zu überzeugen, den geplanten Fonds für die Ukraine in Form einer verstärkten Zusammenarbeit umzusetzen.

1.3 Schrittweise Entfremdung (2028-2032)

In einem allmählichen Gewöhnungsprozess verliert der anhaltende Krieg in der Ukraine seinen Schrecken und führt zu Enttäuschung und Entfremdung in den deutsch-polnischen Beziehungen: Während die Deutschen das Gefühl entwickeln, vom Krieg nicht betroffen zu sein, müssen die Polen hinnehmen, dass die westliche Hilfe an ihre Grenzen stößt. Die neue Koalition aus CDU/CSU und FDP verkündet 2029, dass sie zu ihrer Politik der „schwarzen Null“ zurückkehren will. Sie gelobt, die deutsche Lebensart und den Lebensstandard trotz der wirtschaftlichen Rezession im Zuge des sich verschärfenden Handelskrieges zwischen China und den USA zu erhalten. Warschau ist hingegen beunruhigt, dass die Sparmaßnahmen auch drastische Einschränkungen bei der Militärhilfe für die Ukraine umfassen.

Während Berlin seine Besorgnis über die autoritären Tendenzen und die antagonistische Rhetorik des ukrainischen Präsidenten Selenskyj zum Ausdruck bringt, warnt die liberale Regierung in Warschau immer wieder, dass dies nur Teil des alten Plans des Kremels ist, durch seine massive Cyber-Desinformationskampagne einen Keil in die westliche Unterstützung für die Ukraine zu treiben. Die Prioritäten der EU verschieben sich völlig, als der Zypernkonflikt zwischen der Türkei und Griechenland wieder aufflammt. Am Rande eines Krieges zwischen den beiden NATO-Verbündeten ist es sowohl für die NATO als auch für die EU oberste Priorität, einen Kompromiss auszuhandeln – allerdings vergeblich.

1.4 Tiefes Misstrauen zwischen zwei entfremdeten Nachbarn (2033-2040)

Getrieben von der deutschen Nachkriegsverpflichtung zu Pazifismus und militärischer Zurückhaltung, begrüßt die neue deutsche SPD-B90/GRÜNE-Regierung den Vorstoß der neuen Kreml-Führung, die diplomatischen Bemühungen um bessere Beziehungen zur EU und zur NATO zu intensivieren. Obwohl Moskau nicht bereit ist, die annektierten Gebiete abzugeben, gibt es seine antiwestliche Rhetorik auf und stellt seine Desinformationskampagne gegen die Ukraine ein. Aus wirtschaftlicher und geopolitischer Notwendigkeit nach einem erschöpfenden Krieg und einer verstärkten Abhängigkeit von China

erklärt Russland sein Einverständnis mit einer ukrainischen EU- und NATO-Mitgliedschaft. Es stellt sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und einer EU vor, ganz im Sinne von Gorbatschows „Gemeinsamem Haus Europa“.

Polen ist beunruhigt, als die meisten EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – angesichts der angeblich dringenderen Herausforderungen in Zypern ihre Bereitschaft signalisieren, ihre Beziehungen zu Russland zu normalisieren. Trotz ihrer unterschiedlichen sozioökonomischen Programme einigen sich die Konfederacja (Konföderation) und die PiS (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit) infolge der Parlamentswahlen im Jahr 2035 darauf, eine Regierung zu bilden. Nach dem Scheitern eines Referendums über einen Polexit verkündet die neue Rechtsregierung den Austritt aus Schengen und eine noch restriktivere Migrationspolitik. Im Jahr 2040 sind die beiden Nachbarn so entfremdet wie noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges.

2 Szenario: Enttäuschte Nachbarn

2.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040

Trotz der erfolgreichen Zusammenarbeit in der Ostpolitik stehen die deutsch-polnischen Beziehungen erneut unter starkem Druck. Nachdem die Ukraine einem Friedensabkommen mit Russland zugestimmt hat und der EU beigetreten ist, führen Millionen von ukrainischen Migranten in Deutschland zur Erstarkung der AfD und treiben eine Minderheitsregierung aus CDU/CSU und FDP zu einer zunehmend harten Außenpolitik.

2.2 Tauwetterphase dank erfolgreicher Ostpolitik (2023-2026)

Nach schwelenden Konflikten über anhaltende polnische Reparationsforderungen an Deutschland treten die bilateralen Beziehungen mit einem Durchbruch in der Ostpolitik in eine Tauwetterphase ein. Während die KO gemeinsam mit Lewica und TD die Parlamentswahlen 2023 gewinnt, einigt sich die neue Koalition aus B90/Grüne und CDU/CSU im Jahr 2025 auf eine ambitioniertere Ostpolitik als zentrales außenpolitisches Ziel. Es macht das Gerücht die Runde, dass Warschau auch deswegen eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin stützt, da sich Berlin für einen beschleunigten EU-Beitritt der Ukraine einsetzt.

Trotz starker Vorbehalte innerhalb der EU gegen die Aufnahme offizieller Beitrittsverhandlungen mit einem vom Krieg zerrütteten Nachbarland ist es einer deutsch-polnischen Initiative anschließend gelungen, einen neuen Mechanismus für „Sondierungsverhandlungen“ einzuführen: Diese Verhandlungen dienen zwar der Vorbereitung eines Beitrittskandidaten, gelten aber formal nicht als Annäherung der Ukraine an die Vollmitgliedschaft. Diese Initiative bringt neue Hoffnung für die weiterhin kriegsgeplagte Ukraine.

2.3 Aufbruchsstimmung nach ukrainisch-russischem Friedensvertrag (2027-2032)

In der Ukraine und Russland macht sich aufgrund der steigenden Zahl von Todesopfern und der wirtschaftlichen Rezession Kriegsmüdigkeit breit. Anfang 2030 erklärt sich Moskau bereit, einen Friedensvertrag zu akzeptieren, demzufolge es die annektierten Gebiete in der Ostukraine zurückgeben und die ukrainische EU- und NATO-Mitgliedschaft im Gegenzug für den Erhalt der Krim akzeptieren würde. In einem Referendum überwiegen die Sehnsucht der Ukrainer nach Frieden und Wohlstand sowie ihr Wunsch nach einer raschen Integration in den Westen gegenüber den patriotischen Forderungen, an der Krim festzuhalten. Während die russische Propaganda den Deal als Sieg über den Westen verkauft, tritt die Ukraine Ende 2030 sowohl der EU als auch der NATO bei.

In Deutschland und Polen wird die Westintegration der Ukraine weithin als wichtiger Beitrag zur Förderung von Stabilität und Wohlstand in Osteuropa gefeiert. Nichtsdestotrotz kommt es nach dem ukrainischen EU-Beitritt zu Verwerfungen in der Migrationspolitik. Die deutsch-polnische Initiative, Kiew einen unmittelbaren Schengen-Beitritt ohne Übergangsfristen zu gewähren, löst eine weitere Migrationswelle von mehreren Millionen Ostukrainern aus, die vorrangig nach Deutschland streben, um sich durch Direktzahlungen aus dem Ausland am Aufbau ihres Landes zu beteiligen.

2.4 Vertrauenskrise infolge politischer Divergenzen (2033-2040)

Trotz historischer Erfolge in der gemeinsamen Ostpolitik rutschen die bilateralen Beziehungen in eine der konfliktreichsten Phasen nach dem Ende des Kalten Krieges. In Polen herrscht ein schwindendes, aber immer noch breites Gefühl der Solidarität mit dem östlichen Nachbarn. In Deutschland hingegen instrumentalisiert die AfD den Friedensschluss mit Verweis darauf, dass sie seit langem eine diplomatische Lösung in der Ukraine fordert und beharrlich vor einer Masseneinwanderung warnt. Nachdem SPD und B90/GRÜNE nach ihrem erbitterten Wahlkampf zur Bundestagswahl 2033 eine Koalition mit den Konservativen ablehnen, gehen CDU/CSU und FDP eine Minderheitsregierung ein, die die AfD als Regierung von ihren Gnaden feiert.

In Warschau ist die Koalition aus KO und Lewica entsetzt über den wachsenden Einfluss der AfD auf Bundesebene und befürchtet, dass dies der Vorbote einer modernen Version deutscher Machtpolitik ist. Als Reaktion auf den massiven Zustrom ukrainischer Migranten fordert der neue CSU-Kanzler umgehend die Aussetzung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU. Zudem nimmt Berlin die russischen Energielieferungen durch die wiederhergestellten Nord Stream 1 und 2 wieder auf und weigert sich, die Beiträge an die EU nach dem EU-Beitritt der Ukraine zu erhöhen. In Warschau hält man das Argument für nicht stichhaltig, die konservative deutsche Regierung verfolge die einzig vernünftige Strategie, um einen Sieg der AfD bei den nächsten Wahlen zu verhindern.

3 Szenario: Pragmatische Partner

3.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040

Die KO lobt die kooperativen Beziehungen mit der deutschen Regierungskoalition aus CDU/CSU, B90/Grüne und der FDP, insbesondere den gemeinsamen Ansatz in der Ostpolitik: eine abgestufte NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine und eine strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien für ihren EU-Beitritt. Die strukturellen Unterschiede zwischen beiden Ländern schlagen sich jedoch regelmäßig in unterschiedlichen Ansätzen in wichtigen Politikbereichen nieder.

3.2 Deutsch-Polnische Zerwürfnisse in der Nachkriegsordnung (2023-2026)

Nachdem die USA und die EU der Ukraine zahlreiche Kampfflugzeuge zur Verfügung gestellt haben, Pekings Unterstützung aufgrund diplomatischer Turbulenzen mit Moskau schwindet und Russland zunehmend unter den Auswirkungen der westlichen Sanktionen leidet, verliert der russische Präsident Putin rasch an Unterstützung und wird in einem Machtkampf gestürzt. Russland ist gezwungen, sich aus der Ukraine, einschließlich der Krim, zurückzuziehen, auch wenn es die Gebietsverluste nicht offiziell anerkennt. Die USA und die EU heben ihre Sanktionen gegen Russland vollständig auf, doch die Beziehungen bleiben angespannt und explosiv. Während die SPD-geführte Regierung die Dringlichkeit betont, Russland nun substanzielle Anreize für eine friedliche Zusammenarbeit zu bieten, warnt die KO-geführte Regierung in Polen davor, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Dementsprechend drängt Warschau auf einen raschen EU-Beitritt der Ukraine, während Berlin angesichts einer Reihe von Korruptionsskandalen im Umfeld von Präsident Selenskyj auf die vollständige Umsetzung der Kopenhagener Kriterien pocht. Die Fronten in den bilateralen Beziehungen sind verhärteter denn je.

Auch in Bereichen, in denen Berlin nach dem Regierungswechsel in Warschau auf eine schnelle Rückkehr zu einer guten Kooperation hoffte – wie etwa die polnischen Reparationsforderungen an Deutschland –, bleiben Differenzen zunächst bestehen. Schließlich kommen beide Regierungen überein, eine neue Stiftung zu gründen, die polnische Kultureinrichtungen bei der Wiederbeschaffung von im Zweiten Weltkrieg verlorenen Kunstwerken unterstützen soll. Darüber hinaus gelingt es Deutschland, Polen und Frankreich, eine verstärkte Zusammenarbeit bei der lang erwarteten EU-Körperschaftssteuer einzuleiten. Viele politische Kommentatoren sehen darin erste Anzeichen für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks.

3.3 Ein unbeständiges politisches Tauwetter (2027-2035)

Nichtsdestotrotz gelingt es Polen und Deutschland nicht, eine vielseitige und langfristige Zusammenarbeit aufzubauen. Bereits Ende 2027 eskalieren die Auseinandersetzungen um die Mehrjährige Finanzielle Vorausschau für 2028-2034. Trotz ihrer pro-europäischen Haltung besteht die Regierung in Berlin

auf eine deutliche Kürzung des EU-Haushalts in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession, während die wiedergewählte KO-geführte Regierung eine Aufstockung unter Hinweis auf die Verantwortung der EU für einen raschen Wiederaufbau der Ukraine fordert.

Ende 2035 kommt es zu einer Annäherung in der Ostpolitik: Einerseits akzeptiert Warschau, dass der EU-Beitritt der Ukraine strikt auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien erfolgen muss. Andererseits unterstützt Berlin den polnischen Ansatz, ein NATO-Ukraine-Bündnis auf einer weicheren Version von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags aufzubauen: Im Falle eines Angriffs auf einen der Verbündeten durch einen Dritten ist das Bündnis verpflichtet, umfassende militärische Ausrüstung und Waffen anzubieten. Eine gemeinsame Kriegserklärung oder die Entsendung von Truppen ist damit jedoch nicht verbunden.

3.4 Strukturelle Konflikte trotz ideologischer Nähe (2036-2040)

Nach der Erholung von der langanhaltenden Rezession veröffentlicht die Europäische Kommission ein Weißbuch, in dem sie dazu aufruft, die vorübergehende Lockerung der Wirtschaftshilfe und der Rettungsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten rückgängig zu machen. Die neue PiS-geführte Regierung schließt sich dem Widerstand des südeuropäischen Blocks an, nachdem sie die Wahl u.a. mit dem Versprechen gewonnen hat, einheimische Unternehmen vor deutschen Wettbewerbern zu schützen. Dies hinterlässt eine Narbe in den deutsch-polnischen Beziehungen, da der deutsche Bundeskanzler die vollständige Liberalisierung der EU-Wirtschaft nach der Krise als wesentlich für den Wiederaufbau ansieht.

Berlin und Warschau beobachten mit großer Sorge, wie pro-westliche Parteien in der Ukraine an Zuspund verlieren, während nationalistische Kräfte mit ihrer Kritik an der zögerlichen Bereitschaft, die Ukraine in die EU und NATO aufzunehmen, an Unterstützung gewinnen. Aufgrund mangelnder Transformationserfolge ist die Europäische Kommission jedoch nicht bereit, neue Kapitel in den Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. Während die Spannungen zwischen Polen und der Ukraine aufgrund der historischen Konflikte wieder aufflammen, weist die polnische Regierung die Schuld an der scheiternden Ostpolitik Deutschland und der KO zu.

4 Szenario: Erzwungene Verbündete

4.1 Die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2040

Russland ist es gelungen, die Ukraine komplett zu besetzen. Moskau erklärt offiziell, auch die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken schrittweise „vereinen“ zu wollen. Die aggressive russische Außenpolitik lässt Deutschland und Polen in ihren Außenpolitiken weiter zusammenrücken und insbesondere die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in einer zunehmend alarmierten und militarisierten Europäischen Union voranschreiten.

4.2 Russische Landgewinne dank schwindender Unterstützung für die Ukraine (2023-2026)

In einem immer heißer werdenden Stellvertreterkrieg um Taiwan scheitert Pekings Ablenkungsmanöver, Russland mit Munition und Waffen zu versorgen, als der wiedergewählte US-Präsident Donald Trump beschließt, die US-Außenpolitik stärker auf Asien auszurichten. Angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse kann Russland in der Ukraine kontinuierlich an Boden gewinnen und zwingt Kiew 2026 in einen Waffenstillstand, der die derzeitige Frontlinie am Dnjepr zementiert.

Innerhalb der EU eskaliert der Streit um eine angemessene Unterstützung für die Ukraine. Während die polnische Regierung aus KO, TD und Lewica eine entschiedenere Reaktion Deutschlands fordert, verweigert die neue CDU/CSU-FDP-Regierung Kiew weiterhin Kampfjets und zögert, ohne die Unterstützung der USA eine aktivere Rolle zu übernehmen. Für die Polen ist der Westen in seinem Bemühen, ein imperialistisches Russland in die Schranken zu weisen, wieder einmal nicht entschlossen genug und erinnert sie an ihre verhängnisvollen historischen Erfahrungen seit dem späten 18. Jahrhundert.

4.3 Gegenseitige Vorwürfe infolge anhaltender Aggression (2027-2031)

Die anhaltende Aggression Russlands vertieft die gegenseitige Enttäuschung zwischen Deutschland und Polen. Die SPD kann die vorgezogene Bundestagswahl 2027 mit sozialen Versprechen gewinnen. Nachdem Putin an einem Herzinfarkt stirbt, schlägt sie in ihrem außenpolitischen Programm einen Dreipunkte-Plan für eine neue EU-Ostpolitik vor: ein Auslaufen der Sanktionen gegen Russland, eine schrittweise Wiederaufnahme von Gaslieferungen über Nord Stream 1 und 2 und die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates mit der Ukraine als Beobachter. Die PiS, die die Zerstrittenheit der bisherigen Regierungskoalition erfolgreich im Wahlkampf im Jahr 2027 nutzen kann und wieder die Regierung stellt, lehnt diese diplomatischen Bemühungen mangels überzeugender Beweise für einen außenpolitischen Wandel in Russland ab und zieht sogar Vergleiche mit dem Hitler-Stalin-Pakt.

Anfang 2028 startet das neue russische Regime mithilfe chinesischer militärischer Unterstützung jedoch einen weiteren Angriff auf die Ukraine und erobert die restlichen Territorien der Ukraine. Die Ukraine ist kein unabhängiger Staat mehr, und Millionen von Ukrainern suchen Asyl in der Europäischen Union. Die bilateralen Beziehungen haben einen weiteren Tiefpunkt des Vertrauens erreicht, als polnische Parteien Deutschland immer wieder für die anhaltende Aggression Russlands verantwortlich machen.

4.4 Schulterschluss aus historischer Verpflichtung (2032-2040)

CDU/CSU profitieren von der Frustration über die Außenpolitik der SPD und gewinnen Wähler von einer sich weiter radikalisierenden AfD zurück. Gemeinsam mit B90/Grüne und FDP gehen sie eine große Koalition ein. In Polen kann die PiS die Wahlen mit Warnungen vor einer erhöhten Wahrscheinlichkeit ei-

ner russischen Invasion und einer erfolgreichen Modernisierung des Militärs wieder gewinnen. Die Regierung lädt die anderen EU-Mitgliedstaaten zu einem Sicherheitsgipfel ein, um sich auf einen gemeinsamen, aber restriktiven Ansatz in der Einwanderungs- und Asylpolitik der EU und ein stärkeres Engagement in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einigen. Diese Initiative stößt in Deutschland auf große Resonanz, insbesondere innerhalb der CDU/CSU. Im Jahr 2036 akzeptiert der Rat der Europäischen Union eine restriktivere Asylpolitik und stimmt zu, zwei Prozent des EU-Haushalts für Militärinvestitionen auszugeben.

Deutschland und Polen stehen in engem Kontakt mit der ukrainischen Exilregierung in Warschau. Die schwindende chinesische Unterstützung für Russland und die zunehmend effektiven Guerillakämpfe gegen das russische Stellvertreterregime in Kiew nähren die Hoffnung, dass die Ukraine bald ihre Souveränität zurückerlangen wird. In der EU ist die deutsche Russlandpolitik zutiefst diskreditiert, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erheblich gestärkt und Polen als führende Stimme der EU in ihrer Ostpolitik weithin akzeptiert.

5 Handlungsempfehlungen für die bilateralen Beziehungen

Szenarien sollen die langfristigen Folgen möglicher heutiger Maßnahmen aufzeigen, um reflektierte Meinungen und nachhaltige Entscheidungen zu fördern. Aus unserem Szenario-Set leiten wir zwei wesentliche politischen Empfehlungen ab:

1. Die Hoffnung auf ein plötzliches Ende der russischen Invasion in der Ukraine aufgrund eines Führungswechsels in Moskau sollte nicht zu einer überstürzten Rückkehr zu einer engen Zusammenarbeit mit Russland verleiten, ohne dass es handfeste Beweise für einen tiefgreifenden Regierungswechsel gibt. Fällt Deutschland vorschnell in die frühere Ostpolitik zurück, könnten die historischen Befürchtungen Polens, in eine verhängnisvolle Lage zwischen Deutschland und Russland zu geraten, an Bedeutung gewinnen. Dies dürfte die deutsch-polnischen Beziehungen stark beeinträchtigen.
2. Obwohl die EU der Ukraine den Kandidatenstatus zuerkannt hat, erfordert der Beitritt einen tiefgreifenden Wandel hin zu Demokratie und Marktwirtschaft, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Trotz des Krieges sollte die EU Kiew in seinem Bestreben, den *acquis communautaire* zu übernehmen, weiterhin aktiv unterstützen und bereit sein, ungewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. Eine erfolgreiche Westintegration der Ukraine kann die deutsch-polnischen Beziehungen beflügeln.

Danksagung: Dieses Szenario basiert auf einem Foresight-Workshop mit polnischen und deutschen Experten für bilaterale Beziehungen. Wir danken insbesondere Piotr Andrzejewski, Joanna Andrychowicz-Skrzeba, Justyna Bokajło, Irene Hahn-Fuhr, Robert Grzeszczak, Klaudia Hanisch, Markus Hildebrand, Łukasz Jasiński, Ireneusz P. Karolewski, Malgorzata Kopka-Piątek, Bart Kot, Magdalena Lemańczyk, Daniel Lemmen, Elżbieta Opiłowska, Sebastian Płóciennik, Wojciech Przybylski, Alexander Radunz, Jolanta Szymańska, Pierre-Frédéric Weber und Piotr Womela. Die Publikation ist Teil des Forschungsprojekts „Deutschland und Polen in einer differenzierten Europäischen Union“ in Zusammenarbeit zwischen der Universität Leipzig, der Universität Warschau und der Konrad-Adenauer-Stiftung und gefördert durch die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung. Eine ausführlichere und leicht abgewandelte Version mit einer methodologischen Einführung findet sich in den Polen-Analysen vom 19.9.2023.

Impressum

Die Autoren

Dr. Thomas Mehlhausen ist promovierter Politikwissenschaftler und Koordinator des Forschungsprojekts „Deutschland und Polen in einer differenzierten Europäischen Union“ an der Universität Leipzig. Er ist Trainer für die Begleitung von Szenarienprozessen und Lehrbeauftragter der Fern-Universität in Hagen. Von 2008 bis 2020 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen auf der europäischen Integration und den deutsch-polnischen Beziehungen.

Adrian Wagstyl ist Doktorand der Rechtswissenschaften an der Universität Warschau. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsprojekt "Deutschland und Polen in einer differenzierten Europäischen Union" beteiligt (2021-2022). Zu seinen Forschungsinteressen zählen Modi der europäischen Integration, wie etwa differenzierte Integration oder Vertiefung durch soft law.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Warschau

Ul. J. Dąbrowskiego 56
02-561 Warszawa

T +48 22 / 845 93 35
+ 48 22 / 880 01 61

kas.polska@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die Szenarioanalyse ist das Ergebnis eines Expertendialogs und spiegelt nicht die Meinung der KAS zu möglichen Zukünften wieder.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).